

FPÖ will Innenministerium aufdecken: Ein dunkles Geheimnis?

Die FPÖ plant eine Untersuchung des Innenministeriums und kritisiert den Rückzug von Corona-Anschuldigungen. Werfen Sie einen Blick auf die aktuelle politische Situation in Wien.

Der politische Druck auf die Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) wächst, da sie kürzlich angekündigt hat, ein Untersuchungsverfahren gegen das Innenministerium einleiten zu wollen. Der Nationalratsklub der FPÖ hat Unregelmäßigkeiten innerhalb des Ministeriums identifiziert und spricht von einem „tiefen schwarzen Staat“, der ans Licht gebracht werden sollte. Der interne Entscheidungsprozess für den Untersuchungsgegenstand steht kurz vor dem Abschluss, und es wird spekuliert, dass die Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek ein zentrales Thema in diesem Zusammenhang sein könnte. Darüber hinaus zeigt die FPÖ Interesse an einer Untersuchung der Coronamaßnahmen der letzten Bundesregierung, welche ebenfalls in den Fokus gerückt werden soll, berichtet [vienna.at](https://www.vienna.at).

Allerdings steht die FPÖ nun unter kritischem Blick, da sie beschlossen hat, keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (U-Ausschuss) zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen einzusetzen. Laut interner Bestätigungen der MFG Österreich wird dieser Schritt nicht weiterverfolgt. Die MFG hat die FPÖ dafür kritisiert, dass sie ihre Prioritäten zugunsten politischer Machterhaltungen geändert hat und somit den Bürgern die Aufklärung verweigert. LAbg. Manuel Krautgartner von der MFG-OÖ äußerte, dass die FPÖ im Wahlkampf als Aufdeckerpartei aufgetreten sei, nun jedoch

Erwartungen nicht erfülle. „Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger“, wird betont, und der Vorwurf besteht, dass eine umfassende Aufklärung nicht durch eine Kommission, sondern nur durch einen U-Ausschuss erreicht werden kann. Diese Position wird von [ots.at](https://www.ots.at) untermauert.

Wechselnde Positionen der FPÖ

Zusätzlich zu den Bedenken hinsichtlich der Corona-Aufarbeitung zeigt sich ein besorgniserregender Kurswechsel der FPÖ in weiteren politischen Themen. Die Partei hatte ursprünglich die Abschaffung der CO₂-Steuer versprochen, musste jedoch den Klimabonus lediglich streichen, ohne das zugrundeliegende Steuermodell zu reformieren. Unklarheiten bestehen auch über die künftige Haltung der FPÖ zur sogenannten Sky Shield-Initiative innerhalb der Regierungsverhandlungen. Diese Widersprüche führen zu einer wachsenden Anzahl von Fragen zu den Beweggründen und der Integrität der FPÖ, was zunehmend von den Wählern in Frage gestellt wird.

Die MFG hat auch angekündigt, am 5. Februar 2025 eine Pressekonferenz abzuhalten, um über die gebrochenen Versprechen der FPÖ sowie die Notwendigkeit einer ernsthaften Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen zu berichten. Sie fordert Transparenz und Verantwortungsübernahme in dieser Angelegenheit und sieht die Verantwortung für den Umgang mit der Pandemie in den Händen der Regierung. Während die FPÖ weitere Details zu ihrem geplanten U-Ausschuss kündigt, bleibt abzuwarten, ob sie die anstehenden Herausforderungen meistern kann. Für zusätzliche Informationen besuchen Sie [krone.at](https://www.krone.at).

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at